

# SCHLAG LICHT

Nr. 29

18.4.83

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT



# SCHLAGLICHT!

erscheint **Impressum**  
14-tägig

An dieser Nr. haben mitgewirkt:

Michael Siebel  
Ulli Bunttenbruch  
Roland Wengenmayr  
Folkmar Nilkes  
Franz Nagel  
Peter Hille  
Ulrike Habel

V.i.s.d.P ASTA der TH  
Darmstadt

Redaktionsschluß Nr. 30:  
18.4.83

## INHALT

Abendmensa	2
Herbstsonne	4
Neueste Meldung	5
Bericht von der VDS-MV	6
Geheimbereich in der BRD	9
Leserbrief	12
Bericht von der LAK	19
Veranstaltungshinweise	20



# Abendmensa

"VERRAT !" prangte es von Flugblättern und Plakaten, die der ASTA zu Beginn des Semesters in der Mensa verteilte. Ursache war ein Beschluß des Kultusministers, die vom Studentenwerksvorstand beschlossene Wiedereröffnung der Abendmensa nun doch nicht in die Tat umzusetzen.

## WAS WAR PASSIERT?

Als zu Beginn des Wintersemesters verschiedene Studenten wie gewöhnlich ihr warmes Essen zu sich nehmen wollten, standen sie plötzlich vor verschlossenen Türen. Das Darmstädter Studentenwerk hatte die Abendmensa aus "Wirtschaftlichkeitsgründen" geschlossen. Angeblich hätten zu wenig Studenten das abendliche Essensangebot wahrgenommen und deshalb müsse damit Schluß sein. Dies war geschehen, ohne daß der Geschäftsführer die Studentenschaft von diesem einschneidenden Schnitt in das Sozialleistungsprogramm seines Werks in Kenntnis gesetzt hatte. Sowieso ließ sich das rechte Engagement seitens des Geschäftsführers vermissen, der sich offenbar nur als Vollzugsgehilfe des Kultusministers sieht.

Nachdem der ASTA davon Wind gekriegt hatte, organisierte er in Eigenregie eine "alternative" Abendmensa. Auch dabei zeigte sich das Studentenwerk wenig kooperativ.

So mußte in die Räume des Schloßkellers ausgewichen werden.

Parallel zu dieser "alternativen" Abend-

mensa sammelte der AStA innerhalb von drei Tagen über 1000 Unterschriften für eine Fortführung der Abendmensa.

Unter anderem wohl auch durch diesen Druck bedingt, beschloß der Vorstand des Studentenwerkes die Wiedereröffnung der Abendmensa für das jetzige Sommersemester. Scheinbar hatte der studentische Protest Erfolg gezeigt. Deshalb wurde auch die Verweigerung der Zahlung der Beiträge für das Studentenwerk nicht durchgeführt. Das Studentenparlament hatte dies im letzten Semester so beschlossen. Doch kurz bevor die Mensa sich auf die Studentenmassen des Sommersemesters rüstete, erklärte das Kultusministerium, daß der Haushaltsplan des Studentenwerks nichtgenehmigungsfähig sei.

Klevere Bürokraten hatten gerochen, daß die im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für die Abendmensa die zu erwartenden Einnahmen übersteigen. Der Haushaltsplan wurde also abgelehnt, weil die Abendmensa nicht kostendeckend arbeiten würde. Offenbar hatte der Geschäftsführer diese, zumindest für uns Studenten unvorhersehbare, Wendung im Urin gehabt.

Zumindest bis eine Woche vor der geplanten Wiedereröffnung hatte er noch kein Personal eingestellt, um die vom Vorstand beschlossene Wiedereröffnung zu realisieren. Böse Zungen behaupten, daß der ganze Schmus abgesprochen gewesen sei. In einer weiteren Sondersitzung des Studentenwerksvorstandes erklärte dieser mehrheitlich - und wie aus gut informierten Kreisen zu hören war gegen die Stimme des Geschäftsführers - daß das Kultusministerium den Vorstand gefälligst mal ... kann, und

die Abendmensa zu eröffnen sei. Dafür gab es auch gute Gründe. Würde nämlich die Argumentation, daß alles, was nicht kostendeckend arbeitet, zu schließen, auf andere Bereiche des Studentenwerks ausgeweitet, so gäbe es dieses Studentenwerk nicht mehr. Denn nicht kostendeckend arbeiten:

- Die Mensen Lichtwiese, Stadtmitte, Schöffnerstraße
- Die Studentenwohnheime außer dem Karlshof
- Die Psychotherapeutische Beratungsstelle
- Die Wohnraumvermittlung
- Die gesamte Verwaltung

Abgesehen davon wurden in den letzten Jahren gravierend die Sozialleistungen des Werks abgebaut.

#### Was bleibt also?

Nach § 3 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen wird über die Aufgaben gesagt: "Sie (die Studentenwerke) fördern die Studenten wirtschaftlich und sorgen für deren Gesundheit." Dies geht natürlich nicht, wenn alle Bereiche kostendeckend arbeiten sollen. Deshalb sind folgende Konsequenzen zu ziehen:

1. Das Land Hessen ist verpflichtet, die Studentenwerke ausreichend zu unterstützen. Zwar hat die geschäftsführende hessische Landesregierung eine Erhöhung der Landeszuschüsse für den Mensabetrieb in den Haushalt geschrieben, doch wurde dieser Haushalt bekanntlich von der CDU und den Grünen abgelehnt. Von jeder künftigen, geduldeten oder auch nicht geduldeten, Landesregierung ist weiterhin zu fordern, wieder

- Landesmittel in den Hessischen Wohnungsbau zu investieren. Ob dies geschieht, ist auch davon abhängig, ob die, die so eine Regierung dulden, solch Bereiche für wichtig erachten!
2. Der Vorstand des Studentenwerks muß weiterhin deutlich Position beziehen. Dies hat in letzter Zeit, nicht zuletzt durch die intensive Arbeit der Studenten in diesem Vorstand, gut geklappt.
  3. Der Geschäftsführer darf in Zukunft nicht mehr seine Aufgabe als Erfüllungsgehilfe des Kumis verstehen, sondern muß die berechtigten Interessen der Studenten umsetzen. Andernfalls sollten vom Vorstand personelle Konsequenzen erwogen werden.
  4. Nicht zuletzt müssen wir Studenten uns nicht alles gefallen lassen. Offenbar ist, daß uns die gebratenen Hühnerschenkel, Bulletten und Pfannkuchen nicht von selbst in den Mund fliegen. Jeder von uns bezahlt allsemesterlich 50.- DM in diesen maroden Verein. Das Studentenwerk hat eine gesetzliche Verpflichtung, die es wahrzunehmen und nicht durch permanenten Sozialabbau auszuhöhlen hat. Momentan hat der Kultusminister die Abendmensa qua Fachaufsicht eingestellt. Doch kein Beschluß ist so festgeklopft, daß er nicht durch unsere Arbeit wieder zu beheben wäre.

## HERBSTSONNE

der frühling sagen sie  
der frühling zieht ins land

und sie beginnen damit plastikblumen an die toten äste  
der bäume zu kleben und große wände mit fototapeten an den  
betonnarben im land aufzustellen

vor warenhäusern werden rosarote brillen verteilt und  
in jeder straße werden düsen installiert die süßen blütenduft  
versprühen

man sieht viele menschen mit kleinen aparaten aus denen über  
kopfhörer vogelgezwitscher an ihre ohren dringt

der lenz ist da

doch ich schaue hoch und erblicke durch grauen dunst nur schwach die

herbstsonne

# Neueste Meldung

(IFZN 'Informationsdienst für zurückgehaltene Nachrichten) Darmstadt.

Wie am Montag aus den Kreisen der spitzen Zunge zu hören war, bemüht sich der amtierende Leiter des Studentenwerks Darmstadt um die Mitgliedschaft in den Marxistischen Gruppen. Bisher wurde ihm zwar ein öffentliches Auftreten an deren

Büchertischen versagt, doch ist seine liebevolle Mitarbeit im Hintergrund auch nicht ohne.

Gemäß dem Aufruf zum Wahlboykott zur Wahl am 6. März versuchte der Geschäftsführer in Form des Agregatzustands Mensaleiter Halm einen Büchertisch der JUSO-Hochschulgruppe aufzulösen.

Zu offensichtlich war scheinbar die "Tendenz" dieses Büchertischs.

Seitens des Studentenwerksleiters wurde befürchtet, daß aufgrund dieses Tisches möglicherweise doch einige Studenten sich an der Wahl, die nach Aussage Kauffmanns keine sei, beteiligen könnten, und am Ende auch noch SPD wählen könnten. Die Argumente mußten vom Tisch!

Zwar hatte die CDU den Studenten das BAFÖG geklaut und ein schweinisches Mietrecht verabschiedet, doch hätte das die SPD sicher genauso gemacht.

Vorgeschobener Grund für das Büchertischverbot war die Tatsache, daß wir JUSOs da Bücher verkauft haben. Auf die Frage hin, ob er was dagegen habe, daß die Marxistischen Gruppen Bücher verkauften, sagte er nur, daß er dies bislang noch nicht festgestellt habe.

Zu plump, Herr Kauffmann!

Wir bedauern es inbrünstig, daß die Meinungsfreiheit von so kleinen Geistern wie Ihnen verwaltet, besser totgewalltet wird.

Aber da Sie sich nun einer politischen Gruppe zugehörig fühlen, die die Weisheit sowieso mit Löffeln gefressen hat, ist da wohl erstmal nicht viel zu machen.

Wenn sie aber nun glauben, der Käse wäre damit gegessen - weit gefehlt.

Wir haben beschlossen das Kriegsbeil auszugraben. Wer uns von rechts ans Bein pinkelt, den pinkeln wir von links an.

Doch möchten wir uns nicht intolerant zeigen. Nach wie vor gilt unser Angebot:

Freie Büchertische für alle Gruppen an der Hochschule!

Als 1976 die Studentenschaft in Darmstadt gegen eine idiotische Hochschulgesetzgebung protestierte, hing allenthalben ein Plakat an den Wänden auf dem stand:

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG AN DEN Hochschulen!!!!!!!

Wir denken, daß wir dieses Plakat mal wieder abstauben müssen.

Wir fordern alle Studenten auf, unsere Forderung nach uneingeschränkten Büchertischen und Informationsangebot zu unterstützen. Sonst habt ihr demnächst nur noch Blättchen auf dem Tisch liegen, die für Milchshake und Kotzburger werben.

Mit freundlichem Gruß.

Es geht auch anders.



# VDS - DER STREIT GEHT WEITER!

Die "Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS) trafen sich vom 28.3. bis 1.4.83 zu ihrer 8. ordentlichen Mitgliederversammlung in Münster. Wie fast jedes Jahr dauerte es auch diesmal Tage, bis man dann schließlich anfang. Grund war diesmal die kategorische Weigerung von MSB/SHB (DKP-orientiert), die Tagesordnung so umzustellen, daß vor der Arbeitsprogrammdebatte eine Diskussion über Demokratisierungsvorschläge und Satzungsänderungen durchgeführt werden konnte. Zu dieser sogenannten Strukturdebatte kam es dann schließlich doch noch, als als in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag "MSHB" einem Kompromiß zustimmten. So konnte nach den Rechenschaftsberichten und der Entlastung des Vorstandes eine auf zwei Stunden befristete Debatte durchgeführt werden. Nachts um vier vertagte man sich, um fünf Stunden später wieder weiterzumachen.

## DEMOKRATISIERUNG DER VDS - JA ODER NEIN?

Erster Vorschlag war die Einführung eines Zweidrittel-Quorums (Mindestanzahl der Fürstimmen) für bundesweite Aktionen, denn nach Ansicht der Juso-Hochschulgruppen war (und ist) z.B. ein Boykott (manche nennen ihn "Streik"), der nicht von einer breiten Mehrheit der ASten unterstützt wird, nicht mit Erfolg durchführbar.

Zweiter Vorschlag war die Abschaffung der sogenannten "Enthaltungsmehrheit". (Sind mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen Enthaltungen, so ist ein Antrag unabhängig von der Anzahl der Ja-Stimmen abgelehnt.) Dieses Instrument, ursprünglich als Zwang zur Einigung gedacht, verkehrt sich in den Händen des MSB in sein Gegenteil. In fast jedem AStA, in dem ein MSB-ler sitzt, fordert er als Abstimmungsverhalten "Enthaltung", wo er das "Nein", das er eigentlich möchte, nicht durchsetzen kann - und erreicht damit doch die erwünschte Ablehnung des Antrages. Das bedeutet: das Gewicht des MSB wird durch dieses System über alle Maßen erhöht und er kann unerwünschte Anträge zu Fall bringen, ohne offen mit "Nein" abzustimmen.

Daß der MSB sich trotz aller gegenteiligen Behauptungen so verhält, zeigte ein Wortbeitrag einer unorganisierten Kommilitonin, nachdem diese beiden Vorschläge per "Enthaltung" abgeschmettert waren. Sie hatte dem MSB in ihrem AStA angeboten, gegen diese Vorschläge zu stimmen (was erklärte Meinung des MSB war), aber der MSB bestand auf Enthaltung. Dieses Verhalten fand seine Fortsetzung in einer Debatte über Polen.

## POLEN - BASISGRUPPEN UND GRÜNE GEGEN MSB UND SHB

Im Anschluß an die Strukturdebatte erzwangen die Basisgruppen eine Diskussion über Polen, speziell über die Prozesse gegen Mitglieder des "KOR" (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter). Sie forderten "Solidarität mit den Angeklagten des KOR". Da offensichtlich war,

daß MSB und Anhängsel SHB dem nicht zustimmen würden, boten sie folgenden Satz als Kompromiß an, der praktisch nur eine humanitäre Maßnahme verlangte:

"Wir fordern die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Verfahren und die Zulassung einer internationalen Beobachterdelegation."  
(Aus der Stellungnahme "zum repressiven Vorgehen des polnischen Militärrates und eine Solidaritätserklärung mit den inhaftierten und verfolgten Oppositionellen", Frankfurter Rundschau vom 4.11.82)



An diesem Satz zeigt sich nicht nur, daß MSB und SHB nicht bereit sind, ein Gespräch mit Basisgruppen und Grünen zu führen, sondern auch, daß sie nicht einmal in der Lage sind, auch nur einer von direkter politischer Verurteilung der polnischen Verhältnisse freien Erklärung zuzustimmen.

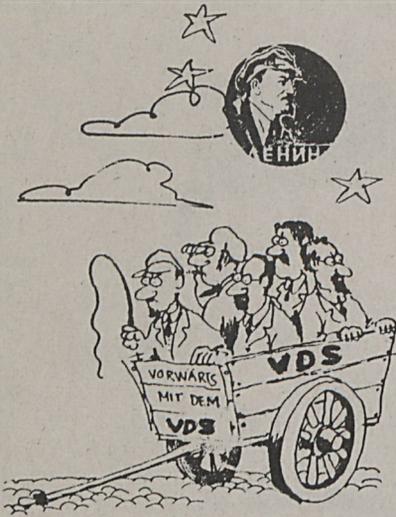
Entlarvend ist dabei auch, daß versucht wurde, die ganze Polendebatte in ein Ausgrenzungsmanöver umzugestalten und diejenigen, die Solidarität mit den Angeklagten der Solidarität und des KOR beweisen wollten, als "Feinde" der Ostermarschbewegung zu denunzieren. Die Alternative Ostermärsche - Solidarität mit Angeklagten des KOR gibt es nicht. Angesichts dieser dann per Abstimmung vollzogenen Ausgrenzung undogmatischer Positionen aus der VDS wird man peinlich an das Lamentieren und Toben der "DKP-orientierten" erinnert, wenn es um den "Konsens" in der Freidensbewegung geht. Aber dort, wo sie die Macht haben (sei es auch nur die "Enthaltungsmacht"), brauchen sie einen solchen Konsens nicht und sei er auch noch so minimal. Überhaupt muß unverständlich bleiben, mit welcher Begründung so ein nur humanitär ausgerichteter Antrag abgelehnt werden konnte.

### UND ZUM X-TEN MAL: STREIK

Die Zeit sei reif für "die massivste Kmpfform: Streik", dies meinte zumindest der MSB. Im Sommer soll er diskutiert werden und im Winter wird er dann gemacht, alles klar. Daß dies glücklicherweise so nicht Beschluß der VDS-MV wurde, ist Verdienst der Juso-Hochschulgruppen, die dieses Mal zu einer Geschlossenheit gefunden hatten, die sie in den letzten Jahren vermissen ließen. Trotzdem steht der Streik als Aktionsform im Vordergrund des MV-Beschlusses, aber über die endgültige Aktion muß eine außerordentliche Mitgliederversammlung entscheiden und dies mit mindestens 60%. Die 60% gestand der MSB in einer Fraktionsvereinbarung zu.

NOCH KEIN NEUER VORSTAND GEWÄHLT

Die VDS-MV hat sich vertagt. Wie es dazu kam - hier der Kommentar von Dieter Selzer aus der Frankfurter Rundschau vom 7.4.:



Daß diese Konferenz des Dachverbandes von rund 180 bundesdeutschen und Westberliner Allgemeinen Studentenausschüssen nach viertägigen Beratungen nicht zu Ende gebracht werden konnte, ist auf die Weigerung der sogenannten „gewerkschaftlich orientierten“ Strömung in diesem Verband zurückzuführen, den Juso-Hochschulgruppen zwei statt einem Sitz im VDS-Vorstand zuzugestehen.

Die vom Marxistischen Studentenbund (MSB) und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) dominierten Studentenausschüsse, die gemeinsam die gewerkschaftlich-orientierte Fraktion („GO“) bilden, beanspruchten für sich dagegen zwei Vorstandssitze. Damit hätten sie nach dem weiteren Niedergang des Jungdemokraten-Ablegers LHV (Liberaler Hochschulverband), der nicht mehr im Vorstand vertreten sein

soll, und der beharrlichen Weigerung der grün-bunt-alternativ zusammengewürfelten Basisgruppen, an der Vorstandsarbeit überhaupt teilzunehmen, eine 2:1-Mehrheit in einem nurmehr dreiköpfigen Vorstand für sich verbuchen können. Dies war für die Juso-Hochschulgruppen nicht akzeptabel, zumal sich die innerverbandlichen Mehrheitsverhältnisse nach Studentenparlamentswahlen zu Ungunsten der „GO“-Fraktion verändert haben: Zum ersten Mal seit einigen Jahren rangierte diese Strömung deutlich unter der 50-Prozent-Grenze. Da eine gleich starke Vorstands-Beteiligung der drei Hauptströmungen (Jusos, Basisgruppen, „GO“) an der Verweigerungshaltung der Basisgruppen scheiterte, hielten die Jusos eine paritätische 2:2-Regelung für angemessen. Diese Forderung blockten MSB und SHB ab.

DIE TH DARMSTADT UND DIE VDS

Seit dem 1.4.83 ist die Studentenschaft der TH Darmstadt nicht mehr Mitglied der VDS. Vor einem Jahr haben die GAL und die Juso-Hochschulgruppe (gegen MSB und RCDS) die Konsequenz aus dem schon damals praktizierten "Verfahren" gezogen, denn schon damals wurde ja jede Strukturveränderung abgeblockt. Durch ihr jetziges Verhalten ist die VDS-("Enthaltungs"-)Mehrheit dem Angebot der THD-Studentenschaft, nach einer Demokratisierung wieder einzusteigen, nicht einmal ein Stück entgegengekommen.

Für die TH kann das nur bedeuten:

verstärkt die direkte Zusammenarbeit mit anderen ASTen zu suchen und dann, wenn es sich abzeichnet, daß zentrale Aktionen sinnvoll durchgeführt werden können, vor Ort zur Verbreiterung und Vertiefung dieser Aktionen beizutragen - ansonsten natürlich in Darmstadt Aktionen vorzubereiten, mitzuplanen, durchzuführen und zu zeigen: es geht auch ohne VDS.

# Der Geheimbereich in der BRDtschl.

Jeder Student kann sich wahrscheinlich an die Bewerbungsunterlagen für einen Studienplatz an der THD erinnern. Unsere Hochschule erhebt einen besonders großen Wust von Daten. Da taucht unwillkürlich die Frage auf: wozu? Diese Frage wird natürlich nicht laut gestellt. Als anständiger Bürger dieses Staates hat man nichts zu verbergen und beantwortet ordnungsgemäß das Gewünschte, denn man möchte die Verwaltung nicht beim Verwalten stören. Doch dann wird man auf einmal durch eine unscheinbare Notiz in einer Zeitschrift stutzig. Da heißt es nämlich sinngemäß, das Bundeskriminalamt (BKA) wolle neue Fahndungsmethoden, insbesondere zur Bekämpfung der "Roten Zellen", einführen. Dabei sollen unter anderem in Verdacht geratene Studenten überprüft werden, indem auf bei den Universitäten und Hochschulen gespeicherten Daten zurückgegriffen werden solle. Da staunt der Fachmann und der Laie ist verblüfft!

## Gesetzliche Entwicklung

An dieser Stelle muß man nun wohl etwas weiter ausholen, um die angerissene Problematik zu erläutern.

Die Erfahrungen mit GeStaPo und Reichssicherheitspolizei hatten die Alliierten

nach dem Krieg bewogen, eine strikte Trennung zwischen Geheimdienst und Polizei in Deutschland durchzuführen. Im Laufe der Jahre nach 1950 wurde dieselbe jedoch immer verwaschener und der sogenannte "Sicherheitsbereich" immer größer. Es wurde der Verfassungsschutz und die Staatsschutzdelikte wieder eingeführt, das Bundeskriminalamtgesetz kam, Verfassungsschutz wurde Aufgabe der Polizei (die ja eigentlich nur Vollzugsfunktion hat), Notstands- und Abhörsgesetze wurden erlassen. Aber auch diese Gesetze änderten sich. Exemplarisch soll das am Verfassungsschutzgesetz des Bundes (BVSG) gezeigt werden. Die Aufgabe des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) wandelte sich von der Informationsverarbeitung über Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung zur Spionageabwehr. Es folgte die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel gegen unerwünschte Bestrebungen von Ausländern, auch dann, wenn sie weder strafbar noch gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet wären. Alsdann kam der "personelle Geheimschutz" dazu: die rein präventive Sicherheitsüberprüfung verschiedenster Personengruppen. Der Schutz aller "auswärtigen Belange" der BRDtschl. ließ nicht lange auf sich warten.

ebensowenig wie der "Objektschutz" in Staat und Wirtschaft. Den krönenden Abschluß bildete die Überprüfungsbefugnis gegenüber Personen, die sich Genehmigungen beschaffen könnten oder in sicherheitsempfindlichen Bereichen beschäftigt sind oder werden sollen, selbstverständlich mit dem Einsatz aller nachrichtendienstlichen Mittel. Aber nicht nur die Aufgaben des BfV und der Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) wurden maßlos ausgeweitet. 1973 wurde der Begriff der "kriminalpolizeilichen Verbrechensbekämpfung" im BKA-Gesetz durch "polizeiliche Befugnisse" ersetzt. Somit stand der Einführung der "Staatsschutzabteilung" im BKA (und auch in den Landeskriminalämtern) nichts mehr im Wege. Am Ende war der alte status quo wieder erreicht: die Gliederung der Polizei in die politische und die Kriminalpolizei.

#### Automatisierung

Um diese enorme Ausweitung zu verkräften, mußte man auf automatische Datenverarbeitung zurückgreifen. So entstanden die drei großen Informationssysteme: Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS), Informationssystem der Polizei (INPOL) und Digitales Sondernetz der Polizei (DISPOL). Die letzten beiden unterstehen der Polizei, ersteres dem Verfassungsschutz. DISPOL fungiert als Datenübermittlungssystem. Jeder Teilnehmer soll von jeder Stelle aus auf INPOL-Daten zurückgreifen können. Nötig wurde dieses Kommunikationssystem, um verschiedene Programme und Systeme des BKA und der Landeskriminalämter (LKA) miteinander kombinieren zu können. INPOL gliedert sich in mehrere Unterdateien auf: zentraler Personenindex (ZPI): gespeichert sind Personalien, Haftdaten, Hinweise auf Aktenfundstellen und erkennungsdienstliche Behandlung.

Personenfahndung: erfaßt werden Haftbefehle, Aufenthaltsermittlungen (z.B. von Zeugen und Geschädigten), Ausländer, gegen die Ausweisungsverfügungen bzw. Einreiseverbote vorliegen. Hier laufen auch die Programme der sogenannten "Beobachtenden Fahndung" (Befa), welche Bewegungsbilder von Tatverdächtigen oder Kontaktpersonen von Tatverdächtigen liefert. Zum Beispiel sind in "Befa 7K" auch Personen gespeichert, die mit eventuellen Kontaktpersonen von Terroristen zufällig in einem Bahnabteil gesessen haben. So geschehen laut Aussagen von Verfassungsschützern 1976: fünf Mitglieder der Jungen Union kamen auf diese Weise in die Fahndungscomputer. Sie hatten mit einem Teilnehmer des Begräbnisses von Ulrike Meinhof im Bahnabteil gesessen.

Erwähnenswert ist auch die Straftaten/Straftäter-Datei (SSD). Zugriffsberechtigt sind nur BKA und LKA. Gespeichert sind Personendaten zu den Deliktbereichen Raub, Erpressung, Geiselnahme und Scheckbetrug.

In der DAKTYLOSKOPIE werden erkennungsdienstlich abgenommene Fingerabdrücke gespeichert.

Da dieses Identifikationsverfahren Lücken aufweist, die aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht geschlossen werden dürfen, soll sie auf Fotografien, Sonogramme (Stimmabdrücke) und Graphologie (Handschrifterkennung) erweitert werden.

PIOS (Personen, Institutionen, Objekte und Sachen) ist die wohl interessanteste Teil-datei. Terminals davon befinden sich nämlich auch im Ausland (z.B. in Paris, in Jugoslawien, bei Scotland Yard und beim FBI). Hier werden Daten zur Terrorismus- und Rauschgiftbekämpfung gespeichert. Zugriff haben nur bestimmte Abteilungen des BKA und der LKA, aber auch das BfV, die LfV, der BND und der MAD. Spätestens hier wird offensichtlich die Trennung der Poli-

zei und der Geheimdienste umgangen. Interessant zu wissen ist vielleicht, daß sowohl BND als auch MAD ohne gesetzliche Grundlagen operieren. Sie sind einzig und allein an Kabinettsbeschlüsse gebunden. Obwohl der BND nur für Auslandsaufklärung und der MAD für Abwehr von Spionage, Sabotage und Zersetzung in der Bundeswehr zuständig sind, kam es in der Vergangenheit schon mal vor, daß beide Dienste fremdgingen. Durch diese juristische Konstruktion wird die Exekutive also in die Lage versetzt, bei Bedarf die Legislative zu überwachen. In meinen Augen eine etwas unorthodoxe Auffassung von Gewaltenteilung. Die Nachrichtendienste tauschen untereinander Fernschreiben und Magnetbänder aus. Zudem speichern BKA und BfV in PIOS und NADIS in wechselseitigem Zugriff Daten, die sie für nötig erachten. NADIS speichert "Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung", wobei dieser Begriff nicht eindeutig abgegrenzt ist. Vielleicht bestreben bereits so kriminelle Elemente wie "Schlaglicht"-Redakteure gegen die fdGO. Immerhin wirft man ihnen vor, bisweilen das allgemeinpolitische Mandat, was nirgends erklärt, aber allgegenwärtig ist, auszuüben. Solche Subjekte stoßen bestimmt auch alte Frauen vom Nachttopf. Und wie kommen die armen Verfassungsschützer an unsere Daten?

#### Der neue Personalausweis

In Zukunft wird das wohl über den neuen Personalausweis gehen. Wer ihn sich einmal angesehen hat, stellt bewundernd die Zurückhaltung der Behörden fest: kein Platz für amtliche Vermerke und noch nicht einmal die Adresse steht auf ihm. Jetzt bilden sich nur ja keiner ein, das interessieren die Behörden nicht mehr. Das kommt in INPOL und kann von da abgefragt werden. Im

Endstadium des Ausbaus von DISPOL wohl von jeder Polizeistreife. Schließlich ist der Ausweis maschinell lesbar konzipiert. Dazu muß wohl das Gesetz über Personalausweise geändert werden. Mit dem neuen Personalausweis wird der Sachzwang zur Schaffung einer automatischen Meldedatei aufgebaut. Diese muß jederzeit der Polizei zugänglich sein. Sperrvermerke stehen nicht mehr im Ausweis, sondern in INPOL oder einer Adressenkartei. Die Folgen sind klar: beim Grenzübertritt muß jeder Ausweis eingesehen werden. Damit ist ein genaues Bild der Grenzübertritte zu erhalten und suspekter Bürger hat man im Auge. Insgesamt kann man zusammenfassen: man kann qua Gesetz eine Menge Daten bei den Meldebehörden zusammentragen. Dazu muß man nur das Bundesmeldegesetz ändern und die Automatisierung der Meldebehörden durchziehen. Dieselben Register müßten der Polizei zugänglich sein. Das wiederum ermöglicht eine permanente Beobachtung mißliebiger Personen. Die maschinelle Lesbarkeit des neuen Ausweises wird es der Polizei ermöglichen, massenhafte Routinekontrollen durchzuführen. Private Datensammler werden diesen Ausweis ebenfalls nutzen, als Kennkarte (z.B. als Betriebsausweis: statt eigene Ausweise herzustellen benutzt man den Personalausweis als Stechkarte, als Türöffner für elektronisch gesicherte Türen etc.). Und schließlich und endlich wird es möglich werden, mittels der Adreßregister alle Daten, die bisher auf viele Systeme verteilt sind, zusammenzuführen. Um beim Beispiel der "Schlaglicht"-Redaktion zu bleiben: man sucht sich bei Gelegenheit eines dieser Subjekte heraus, läßt den Ausweis durchlaufen und hat, was man sucht. Bis jetzt muß man noch einen lästigen Umweg gehen, um an Daten, die bei der Hochschule gespei-

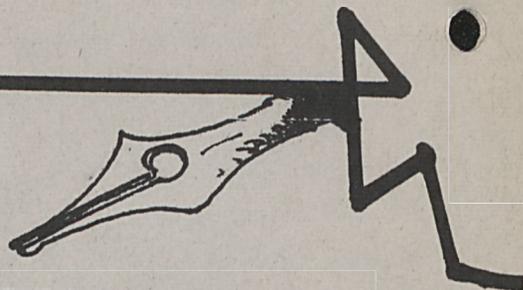
chert sind, heranzukommen. Das BKA muß sich die Daten vom BfV holen. Das BfV wiederum hat sie in NADIS griffbereit. Woher? Ganz einfach: die Hochschulen sind gegenüber dem BfV meldepflichtig und die Datenzentralen der Hochschulen an NADIS anschließbar. Womit der gute Staatsbürger beruhigt aufatmen kann: das BKA stellt nichts Wüstes an, es nutzt nur seine bisherigen Möglichkeiten aus. Solange man sich "normal", d.h. einer wie auch immer entstandenen "Norm" entsprechend, benimmt, hat man nichts zu befürchten. Wenn nicht, kann man

schnell einmal in den Verdacht geraten, Gewalttäter zu sein. Es wird getreu dem Reimann'schen Grundsatz gehandelt: Sicherheit geht vor Datenschutz. Soll heißen: die Freiheit muß man notfalls totschiessen!

Quellenangabe:

Wilhelm Steinmüller: Der Aufstieg des Geheimbereichs, in Kursbuch 56, Berlin 1979  
 Jochen Bölsche: Der Weg in den Überwachungsstaat, Reinbek 1979  
 Frank A. Koch: Bürgerhandbuch Datenschutz, Reinbek 1981  
 "Der Spiegel", Heft 1/83 und 2/83

# Leserbrief:



Zuerst eine kurze Einleitung: In letzter Zeit hat das Schlaglicht wieder einmal vom Hochschulolymp die Auflage bekommen, sich vom gefährlichen Eis des "allgemeinpolitischen" Mandats hinunterzubeben. (Andernfalls würden Verantwortliche per Ordnungsgeld schon ins Schlittern gebracht.)

Daß die Frage nach dem Sinn des Lebens wahrscheinlich eher geklärt<sup>wird</sup> als die Frage, wo denn der Trennungsstrich hochschulpolitisch - allgemeinpolitisch zu ziehen ist, sei hier ausgeklammert. Ich beschäftige mich im Folgenden mit der exzessiven Datensammel - und Kontrollwut, die in unserem Staat um sich greift. Das bedeutet aber in der Denkweise der Leute, welche jenes allgemeinpolit. Mandat in Wort, Tat, Schrift, usw. permanent mit sich führen: Ich verlasse den Boden der Hochschule, um mich auf den der Bundesrep. zu begeben; anders: Ich beschäftige mich mit Problemen, die nicht nur Hochschulmitglieder, sondern auch Menschen betreffen. Das könnte aber (welche Ehre für meine bescheidenen Fähigkeiten!) in als ruhig gewünschten geistigen Hochschulwassern (Flaute) einen unästhetischen Strudel erzeugen, in den ich nicht andere Redaktionsmitglieder hineingezogen sehen möchte. Deshalb erscheint auf meinen Wunsch der ursprünglich als Artikel angelegte Text nun als Leserbrief.

Fast jeder von uns dürfte in Gesprächen ein Phänomen öfters beobachten: Der Hang zur Schubladisierung. Kein Zweifel - um mit der Masse Mensch überhaupt umgehen zu können, um sie übersichtlich zu machen, braucht's schon einer Einteilung in Gruppen und einer Einordnung Einzelner in diese. Solange man um die Gefahr der Vergröberung weiß, ist eine solche Einteilung durchaus ein probates Mittel, um sich überhaupt über komplexe gesellschaftliche Dinge verständigen zu können. Nun pflegt aber der Mensch nicht nur aus Herz, Leber, (hin- und wieder) Gehirn, Knochen, usw. zu bestehen, sondern auch aus der sogenannten Weltanschauung. Diese ist meist ein weitgehend mißlungenes Gebräu aus Glauben (nicht nur relig.), übernommenen und selbst mühevoll entwickelten Vorurteilen, ein bißchen Erfahrung, gewürzt mit einer kleinen Prise egoistischer Engstirnigkeit. Daraus schöpfen wir dann die geistige Kraft, um die Schubladen, in die wir unsere Opfer pressen, recht ordentlich zu etikettieren. Da gibt's dann Linke und Rechte, Wagnerfans und Opelfahrer, Knoblauchesser und Flachdachliebhaber usw.....und die Nachbarn sind "tübische Frankfottä" (weiß der Himmel, was ein typischer Frankfurter ist!).

Das Gebilde, daß man "Weltanschauung", "öffentliche Meinung",<sup>(\*)</sup> usw. nennen kann, entsteht natürlich nicht im einzelnen Individuum im stillen Kämmerlein, sondern in einer ständigen Wechselwirkung mit der sogenannten Gesellschaft. Gerade heute mehr denn je, denn die Medien greifen ja mittler weile tief ins Privatleben ein und nehmen es z.T. weitgehend in Anspruch. So entstehen schnell hartnäckige Vorurteile, deren man<sup>sich</sup> oft gar nicht bewußt wird.

Nun gibt es Leute, die die "öffentl. Meinung" stärker prägen als andere. Sie sitzen in exponierten Stellen in der Politik, in den Medien und in der Wirtschaft. Aber - um dorthin zu gelangen, haben die meisten von ihnen in mühevoller Weise ein "weltanschauliches Filtersystem" passieren müssen. Diese Leute sind also von der sog. öffentlichen

(\*) Dieser Begriff symbolisiert geradezu eine gesellsch. Absurdität: Da wird die "Öffentlichkeit" zu einem Individuum, das eine Meinung besitzt - doch- er beschreibt ein existierendes Phänomen recht genau!

Meinung mindestens ebenso abhängig, wie sie jene beeinflussen. Wie bildet sich aber das heran, was ich nach hilflosen Ringen um eine passende Beschreibung "Weltanschauung" genannt habe? Nun, die meisten Menschen haben bekanntlich ein starkes Sicherheitsbedürfnis, einen verständlichen Drang, sich tagtäglich (auch, oder vor allem, in einer Notlage) an irgendetwas Beständiges klammern zu können. Nicht umsonst spielt der Begriff "Sicherheit" in der Werbung eine große Rolle. Eben dadurch erklären sich bestimmte Reaktionen und Verhaltensweisen. Ein festgefügtes Gebäude sogenannter "Werte" bietet diese Sicherheit auf einer "geistig - moralischen" Ebene, aus ihr kann man zum anderen Reglementierungen für das tägliche Leben schöpfen. Jede/r, die od. der den meinigen ähnliche Wert- und Moralvorstellungen in sich trägt, ist für mich berechenbar. Alles dagegen, was fremd und neu ist, gefährdet mein Ideengebäude, somit meine Sicherheit, ist mir also möglicherweise feindlich gesinnt. Diese hier permanent erwähnten Wert- und Moralvorstellungen erscheinen mir im Übrigen oft nicht nur unlogisch, dummlich, sondern geradezu abstrus. Offensichtlich tut das ihrem Einfluß auf unser Denken keinen Abbruch. So ist es denn möglich, daß ein Politiker durchaus schmutzige Geschäfte ohne große Gefahr betreiben kann, solange er ein sauberes, den verbreiteten Moralvorstellungen genügendes Privatleben vorzeigen kann. Wehe aber, wenn dem nicht so ist! Dann rollt der fähigste Kopf. Daß die Gesellschaft dadurch objektiv Schaden erleidet, ist unerheblich gegenüber der Tatsache, daß die Moral gerettet ist. Eine Absurdität, die nur wenigen aufzufallen scheint.

Ist man sich der Rolle des weltanschaulichen Sicherheitsbedürfnisses und der daraus entstehenden "öffentlichen Meinung" samt ihrer Vorurteile bewußt, hat man prompt ein Werkzeug, mit dem man das Land sehr geschickt regieren kann.

Vorurteile kann man z.B. erzeugen oder verstärken, um Unzufriedenheit über politische oder soziale Mißstände zu kanalisieren und in eine der Regierung unschädliche Richtung zu lenken. Ein extremes Beispiel in der Geschichte ist wohl die Rolle der Juden im dritten Reich als öffentlicher Sündenbock. Die Förderung und Nutzung des Judenhasses war denn ein wesentlicher polit. Machtfaktor für die Nationalsozialisten. Ob dies bewußt oder unbewußt geschah, scheint mir letzten Endes unerheblich.

Zum zweiten wird jeder weitblickende Politiker, jede weitblickende Politikerin erkennen, daß er oder sie die momentane Machtposition u.a. bestimmten vorherrschenden Moral- und Wertvorstellungen verdankt. Zur Festigung der eigenen Position gilt es also, diese zu unterstützen, sie möglichst zur Doktrin zu machen. Neue Strömungen müssen, lassen sie sich nicht nutzen, auf jeden Fall unterdrückt werden. Dazu ist vor allem eine umfassende Kontrolle notwendig. Wie verkauft man diese in einem Land, das als freiheitlicher Rechtsstaat bezeichnet wird? Die Lösung liegt auf der Hand: Eine Regierung kann das Sicherheitsbedürfnis des Bürgers nutzen, um ihn für die Beschneidung seiner eigenen Freiheit zu gewinnen. Ein System, das gewiß perfekter funktioniert als gewaltsame Unterdrückung, wie sie anderswo noch Methode ist. Ein Beispiel: Mit entsprechender Darstellung von Gewalttaten läßt sich bestimmt die Mehrheit der Bundesbürger davon überzeugen, daß eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes zur Wahrung von Ruhe und Ordnung notwendig ist. In Baden-Württemberg ist dies ja schon Realität. Peinlichst wird der Hinweis darauf vermieden, daß unsere bestehenden Gesetze vollkommen ausreichen, um Gewalttäter zu verurteilen.

In das bis jetzt gezeichnete Bild paßt auch, daß der "Linksterrorismus" zur Zeit als gefährlicher eingestuft wird als der "Rechtsterrorismus". Das liegt weniger daran, daß die sog. "Linken" zuerst anfangen, Anschläge auszuführen. Sondern daran, daß, trotz offizieller Verurteilung des Nationalsozialismus, diese Ideenwelt, in der Gehorsam und Unterordnung zu den obersten Tugenden zählt, der vorherrschenden Weltanschauung noch eher verwandt ist als gefährlich exotische "linke" Ansichten. So scheint man auch eine Erklärung dafür zu finden, warum <sup>bei</sup> einem Vergleich von Terroristen- und KZ- Prozessen in der jüngsten Vergangenheit sich herausstellt, daß die Mitgliedschaft in der "RAF" für ein "Lebenslänglich" ohne den direkten Nachweis eines Mordes genügt, die Mitgliedschaft in der "Lager - SS" dagegen offenbar nicht direkt strafbar ist. Doch - beenden wir diesen Ausflug.

Nachdem ein paar "Grundbegriffe geschickten Regierens hierzulande" grob umrissen sind, kommen wir zu der praktischen Seite des "Machtausübens". Interessant sind da die Kontroll-

mechanismen. Wissenschaft und Technik haben das ideale Instrument für eine perfekte Überwachung entwickelt: Die elektronische Datenverarbeitung. Über jeden Bürger, jede Bürgerin sollte möglichst viel Information möglichst schnell greifbar sein, um sie oder ihn gut faßbar und berechenbar zu halten. Eine infame Behauptung? Warum wird aber dann z.B. die Volkszählung in der geplanten Weise durchgeführt? Daß ein Sozialstaat insbesondere gewisse verlässliche Statistiken braucht, sei hier unbestritten. Aber in diesem Falle ist vieles so angelegt, daß sich einem gewisse Vermutungen geradezu aufdrängen. Da werden z.B. Straßen und Hausnummern abgespeichert, wie es heißt, um sich über die Struktur von Städten und Gemeinden klarer zu werden. Abgesehen von der erstaunlichen Eigenschaft der Einfamilienhäuser, daß zwischen Hausnummer und Namen der Bewohner oder Besitzer eine recht eindeutige Beziehung besteht: Auch in einem Mehrfamilien<sup>-haus</sup> findet man mit dem entsprechenden Datenkatalog schnell eine gesuchte Person. (Prinzip der Rasterfahndung). Die Anonymität ist also keineswegs gesichert. Da sind als anderes Beispiel die Wohngemeinschaften. Die Kennnummer auf dem Fragebogen ermöglicht es, Wohngemeinschaften in gesonderten Katalogen zusammenzufassen. Nach der amtlichen "Schubladisierung" sind diese aber (kein Witz!) potentiell "terroristisches Umfeld". Und da ist noch der sogenannte "administrative" Teil der Volkszählung, der zur "Aktualisierung" der Melderegister beitragen soll. Damit ist das Statistikgeheimnis weitgehend umgangen, denn zu den Melderegistern hat natürlich auch die Polizei Zugang. Wegen des Nachteilsverbots soll zwar kein bei der Zählung festgestelltes Vergehen geahndet werden - aber wer garantiert schon, daß Unregelmäßigkeiten nicht als verdächtig von der Polizei abgespeichert werden? (Ich will hier keine Schweinereien decken, aber wem könnte es nicht passieren, daß er auf den völlig unübersichtlichen Amtsbögen eine Forderung nach einer Angabe übersieht?) Hier liegt überhaupt ein besonders fetter Hund begraben! Wer weiß schon, was wo über ihn gespeichert ist? (Auto in der Nähe einer Demonstration gesehen worden, usw....) Es ist fast unmöglich für den Normalbürger, sichere Angaben über den Weg der eigenen Daten zu erhalten. Der Datenschutz funktioniert nämlich: Die Daten werden vor ihrem Besitzer amtlich geschützt.

Nun bräuchte man sich über dies alles nicht so sehr aufzuregen, wenn man sich sicher sein könnte, daß die Datenschutzgesetze beherzigt werden. Allerdings scheinen Menschen in einflußreichen oder Schlüsselpositionen, wie immer wiederkehrende Affären (jüngst die Flickaffäre) zeigen, diese gern mal zum eigenen Vorteil zu nutzen. Wieviele solcher Fummeleien bleiben unentdeckt? Wie oft spielt sich das, was im Großen vorkommt, im Kleinen ab? Du hast im Fragebogen angegeben, daß ein naher Verwandter sich in einer Anstalt befindet und einige Monate später häuften sich in deinem Briefkasten Reklamebroschüren für Psychopharmaka ....hat sich eben einer im Statiskamt mit dem illegalen Verkauf von Adressenlisten an einen Pharmakonzern ein kleines Taschengeld verdient. Auch die Bundeswehr nimmt anscheinend trotz der ihr eigenen, geradezu lächerlichen Geheimniskrämerei den Datenschutz recht locker (siehe STERN 13/83). Sie verschickt, unter Umgehung des Arztgeheimnisses, die bei der Musterung entstehenden und vorgelegten Arztunterlagen (sogar Psychoanalysen!) an recht "mysteriöse" Adressaten.

In das bisher zusammengefügte Puzzle paßt auch der neue, bombensichere und computerlesbare Personalausweis. Dieser ermöglicht es, mit Hilfe eines mit einer Zentrale in Verbindung stehenden Lesegerätes sofort sämtliche gespeicherten Daten über den Besitzer zu erfahren (wesentlich mehr, als im bisherigen Personalausweis stand); außerdem ist die jederzeitige Rückmeldbarkeit und Speicherung des gegenwärtigen Standorts technisch sicher machbar. Nicht nur Grenzübergänge sind dann lückenloser denn je registrierbar. In mir steigt die schauerliche Vision von Leseautomaten mit Verbindung zu einer Computerzentrale vor jedem öffentlichen Gebäude, vielleicht gar jedem Kino, jedem Restaurant, jeder öffentlichen Toilette auf. Personalausweis bitte kurz einschieben, dann öffnen sich die Türen... beim Rausgehen dasselbe... ist ja nur ein Handgriff, wozu denn aufregen? Noch ist's Utopie - für wie lange? Möchte nicht wissen, wieviele Bürger hierzulande sich mit dem Argument "Sicherheit" von solchen Einrichtungen überzeugen ließen. Sicherheit als Selbstzweck, als alles erdrückender Moloch, der die letzten Freiheiten vertilgt. Bleibt noch die Frage, was denn passiert, wenn eine sämtliche Datenschutzgesetze bewußt ausschaltende Regierung an die Macht

kommt? Oder was passiert wäre, wenn die Behörden im dritten Reich die moderne Datenverarbeitung zur Verfügung gehabt hätten? Wieviele hätten dann nicht die Langsamkeit der "Karteikartenbürokratie" nutzen können, um unterzutauchen oder über die Grenzen zu fliehen?

Zum Schluß möchte ich anmerken, daß ich hier manches bewußt überzeichnet, vereinfacht oder verdüstert habe. Es ist eigentlich überflüssig zu bemerken, daß das Thema zu komplex ist, um es auf ein paar Seiten zu analysieren, dazu fehlt es mir natürlich auch an Kompetenz. Aber ich bin überzeugt, die Datenverarbeitung auf elektron. Basis und ihre Möglichkeiten sind ein Werkzeug, das auf jeden Mächtigen (vollkommen unabhängig von der Staatsform) einen unwiderstehlichen Reiz ausüben muß. Und ich habe Angst davor, daß Schrittchen für Schrittchen auf subtile Weise die elektron. Kontrolle zu einem für unsere Freiheit tödlichen "Tumor" unserer Gesellschaft heranwächst. In diesem Sinne erscheint mir z.B. die anstehende Volkszählung, an und für sich m. E. harmloser als manche aus der "Boykottbewegung" glauben propagieren zu müssen, als (in der beabsichtigten Form) prinzipiell gefährlich.

Des Weiteren besitze auch ich, trotz meiner negativen Worte vorhin, eine Sicherheit bietende Wertewelt. Aber es ist <sup>(hoffentlich!)</sup> eine andere als jenes Sammelsurium dumpfer Doppelmoral (in seiner größten Form wohl in der BILD-Zeitung auffindbar), das anscheinend recht verbreitet ist. Und mit meinen Werten verträgt es sich schon rein gefühlsmäßig nicht, wenn Gertrude Maier zu einem Katalog von Daten wird, passend für entsprechende Amtsschubladen aufgeteilt, gewissen Leuten mit "Befugnis" zugänglich. Mir scheint, daß damit einer der demokratischen Grundwerte entgültig verraten wird: Die Einzigartigkeit und die Würde des Individuums. Die Frage, worin sich die praktizierten Grundgedanken dieses Staates dann noch von der Massendoktrin (real-) kommunistischer oder faschistischer Systeme unterscheiden, kann ich für mich jedenfalls immer schwerer beantworten.

# Bericht von der Landesastenkonzferenz

Ende der Semesterferien, genauer am 25. März, fand die bislang letzte Landesastenkonzferenz (LAK) Hessens in Gießen statt. Gleich als wir ankamen wurde uns klar, daß dies keine der üblichen LAKs sein würde: 14 von 16 möglichen ASten Hessens waren anwesend; im letzten Jahr lag Schnitt bei 8 ASten pro Sitzung. Neben den großen Hochschulen waren erstmals fast alle Fachhochschulen und kleineren Hochschulen anwesend. Es waren so viele Vertreter da, daß wir, da wir mit Verspätung ankamen, erst einen Sitzplatz bekamen, als die Konferenz in einen größeren Saal verlegt wurde. Neben den verschiedenen AStA-Referenten war diesmal, neben dem ständigen Betreuer der LAK aus den Vorstandskreisen des MSB (ein Hamburger Kommilitone übrigens), ein Paradepony des SHB vom VDS-Vorstand angerückt.

Der Grund war klar: im Vorfeld der 8. ordentlichen VDS/MV sollte die LAK Beschlüsse zur weiteren Arbeit des Bundesweiten Dachverbandes treffen; außerdem sollte ein neuer LAK-Sprecher gewählt werden. Es ging also, kurz gesagt, um die politische "Linie" und um die "Macht".

Wer nun große politische Diskussionen erwartet hatte, sah sich getäuscht: angeführt von den bereits genannten MSB und SHB-Vertretern bildete sich sogleich ein Block der "Neulinge", die lautstark gegen die alten LAK-Hasen der stabilisierten ASten wetteten. Nach gut zweieinhalb Stunden Gezerre kam dann ein Beschluß zur VDS/MV zu stande.

Der Beschluß beinhaltet Vorschläge für eine strukturelle Veränderung der VDS, die in ihrer Konsequenz auch zu inhaltlichen Schwerpunktverlagerungen führen könnten.

Dieser Beschluß wurde mit 6:5 Stimmen (der AStA der TH stimmte mit "Ja") bei 3 Enthaltungen gefaßt und wird dementsprechend auf der VDS/MV wohl kaum Gewicht gehabt haben.

Nach einer Pause in der Gießener Abendmensa(!) ging's dann los mit der Personaldebatte um das Amt des LAK-Sprechers. Es gab zwei Kandidaten, Uwe Arndt von der TH Darmstadt und Adolf Kohl von der FH Frankfurt. Uwe Arndt wurde mit 9 zu 5 Stimmen (TH, FH und EFH Darmstadt stimmten mit "Ja") zum neuen LAK-Sprecher gewählt.

Nach längerem Gerangel um Sinn und Zweck eines zweiten, bzw stellvertretenden LAK-Sprechers, bei dem es dann teilweise sehr "turbulent" zging, zog Adolf Kohl seine Kandidatur zurück. Die Amtszeit von Uwe Arndt wurde dann noch auf ein Jahr begrenzt und die LAK beschloß, während dieser Zeit keinen Stellvertreter zu wählen. Ein Antrag der EFH Darmstadt zur prinzipiellen Zusammensetzung und zum Verständnis eines LAK-Sprecher-Gremiums wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Nach insgesamt sieben Stunden und nach einem kurzen Umtrunk gestiftet vom "alten" LAK-Sprecher, fuhren wir dann mit unserem "neuen" LAK-Sprecher gegen Darmstadt. Als Nachgeschmack blieb uns das Bewußtsein, daß man/frau das alles auch einfacher (und kürzer) hätte haben können.

SAMSTAG  
LICHT

# VERSTÄNDLICHES- GUSTAV KELLER TUNGEN

SAMSTAG, 23. APRIL:  
OBERRHEINISCHE BLUES-  
GESELLSCHAFT. 4 DM

DIENSTAG,  
26. APRIL:  
DISCO!

FREITAG, 29. APRIL:  
GUSTAV RABE  
(FUNK). 8 DM

SAMSTAG, 30. APRIL:  
SLOWFOOT HONKA  
BLUES BAND. 4 DM

# Frauen- Filme

19. APRIL:  
SALZ  
DERDE

26. APRIL:  
EINE FRAU  
MIT VER-  
ANTWOR-  
TUNG

TH, ALTES  
HAUPTGEBÄUDE  
WILHELM-KÖHLER-  
SAAL (11-283).  
DIENSTAGS  
EINTRITT: 30H.

3. MAI:  
NUR EIN  
BISSCHEN-  
SCHER  
GER

17. MAI:  
SCHREI  
AUS DER  
STILLE

10. MAI:  
MUND-  
S 218 WIRDEN  
WAS WIR HABEN  
GEGEN

24. MAI:  
MALOU